

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandsklausur vom 25./26. September 2015

Ort: InterCityHotel, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Anja Eichhorn, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Tilo Hellmann, Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst, Steffen Juhran, Lars Kleba, Heiko Kosel, Marianne Küng-Vildebrand, Silvio Lang, Tilman Loos, Simone Luedtke, Jenny Mittrach, Sören Pellmann, Sabine Pester, Jana Pinka, Susann Schöniger, Bernd Spolwig, Dagmar Weidauer, Jörn Wunderlich

Entschuldigte Mitglieder:

Freitag: Jayne-Ann Igel, Silvio Lang

Samstag: Heiko Kosel, Marianne Küng-Vildebrand

Gäste:

Thomas Dudzak (Mitarbeiter Öffentlichkeitsarbeit)

Erstellung der Niederschrift:

Juliana Schielke, Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung & Zeitplan
- B 4 – 250 Konkrete Maßnahmen zur Einhaltung des Finanzplanes 2015
- B 4 – 303 Anlage 1 Arbeitsgruppe Finanzen zum Finanzplan 2015 des Landesverbandes Sachsen
- B 4 – 304 Bitte um solidarische Anhebung des MandatsträgerInnenbeitrages
- I 4 – 278 Analyse im Rahmen der Strukturdebatte
- DS 5 – 001 Vorschlag für eine Geschäftsordnung des Landesvorstandes
- DS 5 – 002 Festlegungen zur Mailingliste des Landesvorstandes
- DS 5 – 003 Termine der LINKEN Sachsen bis zum Ende des Jahres 2015
- DS 5 – 004 Struktur Landesgeschäftsstelle
- DS 5 – 005 Arbeitsteilung Vorsitzender und StellvertreterInnen DIE LINKE. Sachsen
- DS 5 – 006 Vorschlag Ablauf der Landesvorstandsklausur vom 25. – 27. September 2015
- DS 5 – 007 Übergabe und Übergangsregelungen Landesschatzmeister
- DS 5 – 008 Arbeitsaufgaben aus Beschlüssen des Landesparteitages
- DS 5 – 009 Pressearbeit des Landesvorstandes und seiner Mitglieder
- DS 5 – 010 Arbeitsschwerpunkte einzelner Vorstandsmitglieder
- DS 5 – 011 Terminplanung der LINKEN Sachsen 2016
- DS 5 – 012 Diskussionsbeitrag zur Auswertung des 12. Landesparteitages
- DS 5 – 013 Dienstvertrag Landesschatzmeister der LINKEN Sachsen
- DS 5 – 014 Dienstvertrag Landesgeschäftsführerin der LINKEN Sachsen
- DS 5 – 015 Aleksa 2.0 (Arbeitstitel)
- DS 5 – 016 Brief an Kreis- und Ortsverbände: Offensive für ein menschliches Sachsen
- DS 5 – 017 Zeitleiste zur Erstellung des Finanzplanes 2016 in Abweichung zur Finanzordnung
- DS 5 – 018 Tagungsende Landesvorstand
- DS 5 – 019 Pressearbeit Landesvorstand
- DS 5 – 020 Finanzübersicht für die Jahre 2014, 2015 und 2016
- DS 5 – 021 Ideenskizze für ein linkes „Einwanderungsgesetz“
- Beschluss C1 des 12. Landesparteitages: ZEIT FÜR VERÄNDERUNG - DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN
Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen
- Beschluss C2 des 12. Landesparteitages: Was jetzt zu tun ist!

- Beschluss D3 des 12. Landesparteitages: Asyl – Die Herausforderungen annehmen
- Antrag C3 des 12. Landesparteitages: Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie
- Antrag C4 des 12. Landesparteitages: Liberté, Egalité, Laïcité. & Änderungsantrag
- Antrag C5 des 12. Landesparteitages: Mobilisierung für Demo am „Volkstrauertag“ & Änderungsanträge
- Antrag C6 des 12. Landesparteitages: Rüstungs- und Konversionsatlas Sachsen & Änderungsantrag
- Antrag C7 des 12. Landesparteitages: Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen
- Antrag C8 des 12. Landesparteitages: Erarbeitung von Leitlinien zum Verbraucherschutz
- Antrag C9 des 12. Landesparteitages: Ablehnung von politisch motivierter Gewalt & Änderungsantrag
- Tarifvertrag der LINKEN
- Manteltarifvertrag der LINKEN
- Studie Umfrage MDR

Umlaufmappe:

- Linker Blick 9/2015
- Disput 9/2015
- Der Klare Blick 9/2015
- Mittelsächsische LinksWorte Nr. 97
- DIE LINKE. im Erzgebirge 9/2015
- Lili Nr. 370
- CubaSi revista 2/2015

Tagesordnung:

	Tagesordnungspunkt	Unterlagen
1.	Ableich von Erwartungen und Zielsetzungen an die Vorstandsarbeit Fragen: - Wie stelle ich mir die Arbeitsweise vor? - Welche Schwerpunkte will ich bearbeiten? - Wie will ich das konkret machen?	DS 5 – 010
2.	Organisatorisches für die Vorstandsarbeit - Mailadressen - Mailinglisten - Übersicht Parteistrukturen - Owncloud - Vorbereitung der Vorstandssitzungen - Umlaufmappe	I 4 - 278 DS 5 – 002
3.	Erste Lesung der Geschäftsordnung des Landesvorstandes (Beschlussfassung in der darauffolgenden Sitzung)	DS 5 – 001 DS 5 – 018
4.	Überblick über die Finanzen des Landesvorstandes und Information zu Beschlussfassungen zum aktuellen Haushaltsjahr Diskussion und Beschlussfassung der Zeitleiste zur Erarbeitung des Haushaltes 2016 und zur Weiterführung der Finanzdebatte im Jahr 2016 Unterschriftenregelungen und Maßnahmen zur Amtsübergabe Schatzmeister	B 4 – 250 B 4 – 303 Anlage 1 B 4 – 304 DS 5 – 007 DS 5 – 017 DS 5 – 020
5.	Sonstiges	
6.	Auswertung Landesparteitag und Aufgaben, die für den Landesvorstand aus dem Parteitag resultierend Fortführung der Satzungsdebatte Umgang mit C-Anträgen, die an den Landesvorstand überwiesen wurden	DS 5 – 008 DS 5 – 012 DS 5 – 015 DS 5 – 016 DS 5 – 021 Beschlüsse C 1, C 2 und D 3 C 3 – C 9 inkl. Änderungsanträgen
7.	Festlegungen zur Pressearbeit des Landesvorstandes und der Vorstandsmitglieder	DS 5 – 009 DS 5 – 019
8.	Termine des Landesvorstandes bis zum Ende des Jahres 2015 und	DS 5 – 003

	Jahresplanung für 2016 (Tagungsrhythmus des Landesvorstandes)	DS 5 - 011
9.	Aufgabenplanung des Landesvorstandes	
10.	Information zu den Zuständigkeiten und Aufgaben der Landesgeschäftsstelle sowie Aushändigung des Tarifvertrages der Partei DIE LINKE	DS 5 - 004 Tarifvertrag Manteltarifvertrag
11.	Weiter Auswertung Landesparteitag und Aufgaben, die für den Landesvorstand aus dem Parteitag resultieren	
12.	Diskussion und erste Sammlung von Ideen zur Unterstützung der Parteiarbeit in Kreisverbänden und Ortsverbänden	
13.	Diskussion und Beschlussfassung zu Dienstverträgen	DS 5 - 013 DS 5 - 014
14.	Vorbereitung der Wahl eines weiteren Mitgliedes für den gf Landesvorstand (Wahl erfolgt erst in darauffolgender Sitzung); Aufgaben der Stellvertretenden Landesvorsitzenden	DS 5 - 005
15.	Sonstiges	

Die Tagesordnung und der Zeitplan (DS 5 - 006) werden einvernehmlich beschlossen.

TOP 1 – Abgleich von Erwartungen und Zielsetzungen an die Vorstandsarbeit

Fragen: Wie stelle ich mir die Arbeitsweise vor? / Welche Schwerpunkte will ich bearbeiten? /

Wie will ich das konkret machen?

(DS 5 - 010)

Rico Gebhardt:

- der Landesvorstand ist das politische Führungsgremium, aber nicht die Interessenvertretung der Kreisverbände oder Landesweiten Zusammenschlüsse; dazu werden diese bei entsprechender Tagesordnung eingeladen bzw. sind diese im Landesrat vertreten
- wir sollten so viele Beteiligungsmöglichkeiten wie nur möglich bieten und Diskussionen öffnen
- dieser Landesvorstand wird für die Bundestagswahlen verantwortlich sein: Beteiligung bei der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms, Organisation des Wahlkampfes in Sachsen
- Vernetzung und Zusammenarbeit mit AmtsträgerInnen in Sachsen
- wir sollten fair miteinander umgehen; wir müssen uns die Meinung sagen können und eine gute Streitkultur entwickeln

aus der Diskussion:

- offen und transparent arbeiten, damit es alle nachvollziehen können
- sollten uns das Leben nicht gegenseitig schwer machen
- Ziele formulieren und darüber diskutieren, welche Projekte uns wichtig sind
- Schnittstelle zu PartnerInnen, Fraktionen und anderen Landesverbänden
- für die organisatorischen Abläufe ist die Landesgeschäftsführerin verantwortlich
- Kontrolle, dass selbstgefasste Beschlüsse auch umgesetzt werden
- Jana Pinka: Zusammenarbeit mit kommunalen FachpolitikerInnen, Vermittlerin für eine nachhaltige Landesentwicklung (Aleksa) in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion
- Tagung möglichst in hellen Räumlichkeiten → das richtet sich auch nach den Parteifinzen; zusätzlich ist das HdB ein Parteihaus, in das viele GenossInnen investiert haben
- es ist ein Ehrenamt und wir sollten es uns gegenseitig nicht schwer machen; es sollte keine Beleidigungen geben, sondern alles konstruktiv ausdiskutiert werden
- Tilo Hellmann: Strategien entwickeln, wie die Partei weiterentwickelt werden kann; Ideen für effizientere Parteifinzen; Pflege des Kontaktes zu Asylinitiativen; Unterstützung bei Aleksa
- ein offenes Klima hilft den neuen Mitgliedern
- Anja Eichhorn: Zusammenarbeit mit der LAG LISA; Stärkung der Frauenstrukturen; außerparlamentarische Vernetzung; Bundeskampagne „Das muss drin sein“; ländlicher Raum
- Zu was führt die Schwerpunktsetzung der Mitglieder? – soll untereinander einen Überblick darüber geben, wer sich für welche Themen interessiert und wer welche Kompetenzen besitzt; das hilft bei der Vorbereitung der Sitzungen; es sollen keine SprecherInnenbereiche verteilt werden

- Claudia Jobst: es gehört dazu, dass sich die Mitglieder mehr kennen als nur aus diesen Sitzungen; dafür sind Kennenlernspiele gut; dafür reichen 10 Minuten zu Sitzungsbeginn; es sollten aber auch alle mitmachen; neben Gender und Gleichstellung auch Bildungspolitik; müssen in die Kommunen hinein wirken; wir haben viel Nachholbedarf
- wir sollten Argumente nicht ständig wiederholen und alles zerreden, sondern effektiv arbeiten
- Jörn Wunderlich: Familienpolitik, Tourismus, Vernetzung mit der Arbeit der Bundestagfraktion
- wir sollten ein geschlossener Landesvorstand sein, aber auch Debatten führen
- kurze knackige Statements anstatt langer Reden
- es war im letzten Landesvortand eine entspannte und herzliche Atmosphäre, die wir beibehalten sollten
- Sabine Pester: Kommunales; Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
- sachliche, konstruktive und faire Umgangsweise
- Susann Schöniger: Minderheitenpolitik, dabei sollten wir alle im Blick behalten und nicht einzelne Gruppen favorisieren; wir sollten nicht zulassen, dass Minderheiten gegeneinander ausgespielt werden
- Vorschlag, Arbeitsgruppen innerhalb des Landesvorstandes zu bilden
- Bernd Spolwig: neben Finanzen auch die Parteizeitungen
- wir sollten uns stärker dem ländlichen Raum widmen
- wir sollten auch auf die Redezeiten achten, um eine strukturierte Arbeitsweise zu haben
- Dagmar Weidauer: Frauenpolitik, Landesfrauenrat Sachsen, mehr Einarbeitung in queerpolitische Themen
- die Vorstandsarbeit geht über die Sitzungen hinaus; auch zwischen den Sitzungen müssen Dinge vor- bzw. nachbereitet werden
- Stefan Hartmann: Zusammenarbeit mit parteinahen BilderungsträgerInnen, Kommunikation mit der Bundespartei und anderen Landesverbänden, Grundsatzfragen, Kommunikation des Bundeswahlprogramms in die Kreis- und Ortsverbände
- Arbeitsgruppen sollten nicht pauschal gebildet werden, sondern nach Bedarf bei konkreten Aufgaben
- es sollte weiterhin eine doppelte Quotierung geben: erst sollten die EinbringerInnen reden, dann geht es abwechselnd nach Mindestquotierung
- die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle sind nicht dafür zuständig, die Ideen der Vorstandsmitglieder zu Papier zu bringen; das müssen die Landesvorstandsmitglieder selbst umsetzen
- wir sollten vor allem politisch diskutieren, weniger organisatorisch; über organisatorische Dinge sollte die Landesgeschäftsstelle informiert werden
- Marianne Küng-Vildebrand: Betriebe und Gewerkschaften
- Jenny Mittrach: Social Media, Internet der Dinge, Internationales, Kontakt zum Landesrat

TOP 2 – Organisatorisches für die Vorstandsarbeit: Mailadressen, Mailinglisten, Übersicht Parteistrukturen, Owncloud, Vorbereitung der Vorstandssitzungen, Umlaufmappe (14 – 278 / DS 5 – 002)

Antje Feiks:

- es muss verabredet werden, wie transparent die Mailingliste des Landesvorstandes sein soll; außer der Mitglieder des Landesvorstandes sind noch weitere Personengruppen darin enthalten; es werden zwei Alternativen vorgeschlagen
- zusätzlich gibt es einen internen Mailverteiler, in dem nur die Vorstandsmitglieder sind
- es sollten einheitliche Aliasmailadressen genutzt werden
- auf der Homepage soll vermerkt werden, dass die Vorstandsmitglieder unter vorname.name@dielinke-sachsen.de erreichbar sind
- es wird die Alternative II präferiert

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 002:

Einstimmig beschlossen.

Antje Feiks:

- es existiert eine Owncloud; damit kann der Terminkalender des Landesvorstandes und der Terminkalender des Geschäftsführenden Landesvorstandes abonniert werden; diese können mit elektronischen Endgeräten synchronisiert werden
- nebenbei wird auch der google-Kalender einmalig aktualisiert

- die Unterlagen werden nicht nur per Mail verschickt, sondern liegen auch in einer Dropbox, für die alle Landesvorstandsmitglieder einen Zugang bekommen bzw. schon haben
- die Ausfertigung der Beschlüsse geht unterschiedlich schnell aufgrund des Arbeitsaufkommens der Landesgeschäftsstelle; wir bemühen uns, dies innerhalb einer Woche zu erledigen
- Doreen Marz-Schäffner ist in der Landesgeschäftsstelle die erste Ansprechpartnerin für die Vorstandsmitglieder
- es gibt immer eine Anwesenheitsliste, die zu unterschreiben ist
- außerdem gibt es immer eine Umlaufmappe mit diversen Informationen, über die die Vorstandsmitglieder informiert sein sollten; wenn es Interesse an einer dieser Informationen gibt, bitte mit einem Klebezettel den Namen darauf vermerken und dann bekommt ihr das in der nächsten Sitzung
- alle neuen Mitglieder des Landesvorstandes haben ein Papier über die Parteistrukturen in ihrer Mappe; wer dies elektronisch haben möchte, kann dies in der Landesgeschäftsstelle abrufen
- 2 Wochen vor dem Sitzungstermin werden die Einladungen per Mail verschickt
- die Unterlagen werden eine Woche vor Sitzungstermin verschickt; allerdings sind wir hierbei auch auf die Zuarbeiten angewiesen
- der konkrete Zeitplan kann erst am Freitagfrüh erstellt werden, da bis dahin noch kurzfristige Tagesordnungspunkte hinzukommen können

aus der Diskussion:

- Bitte um eine Abfrage, wer papierlos arbeiten möchte
- Wie läuft es, wenn die Mitglieder selbst Vorlagen einreichen möchten? → das wird mit der Geschäftsordnung geregelt; dazu kommen wir noch; in der Dropbox gibt es eine Vorlage für Drucksachen

TOP 3 – Erste Lesung der Geschäftsordnung des Landesvorstandes (Beschlussfassung in der darauffolgenden Sitzung)

(DS 5 – 001 / DS 5 – 018)

Rico Gebhardt:

- die Regelungen haben sich in der letzten Wahlperiode gut bewährt
- auf die Einhaltung der Redezeiten wird geachtet

Antje Feiks:

- Einladung 2 Wochen vorher
- Erinnerungsmail mit Unterlagen 1 Woche vorher
- der Geschäftsführende Landesvorstand bereitet die Beratungen vor
- die Sitzung wird von Mitgliedern des Landesvorstandes geleitet, in der Regel von Rico
- es muss noch eine weibliche Person in den Geschäftsführenden Landesvorstand geheim gewählt werden
- der Gf. Landesvorstandes entscheidet nicht über politische Aufgaben
- Landesgeschäftsführerin und Landesschatzmeister dürfen über Ausgaben bis zu 2.500 Euro entscheiden; der Gf. Landesvorstand darf über bis zu 5.000 Euro entscheiden; der Rest muss vom Landesvorstand beschlossen werden
- die Sitzungen sind prinzipiell offen; reden darf Jede/r
- in geschlossenen Sitzungen werden Entscheidungen zu Personal, Finanzen und Listenaufstellungen getroffen; es dürfen nach Beschluss auch andere Personen hinzugezogen werden
- Klausuren finden in der Regel ohne weitere Gäste statt
- Tagungszeit ist freitags von 17 bis 22 Uhr (mit dem Hinweis 21.45 Uhr zu enden wegen der Zugverbindung nach Leipzig)
- es muss eine Niederschrift geben; weiterhin gibt es einen Tonmitschnitt; dieser dient zur Erstellung des Protokolls und wird nach Beschluss des Protokolls gelöscht
- die Unterlagen müssen bis 2 Tage vor der Sitzung vorliegen; in der Regel schaffen wir das eher
- die Redezeit ist auf 3 Minuten festgelegt, außer bei Einbringungen
- es können Erklärungen zum Abstimmungsverhalten abgegeben werden
- alle 90 Minuten sollte es eine Pause geben
- nach Beschluss der Geschäftsordnung kann sie nur mit einer 2/3-Mehrheit geändert werden

aus der Diskussion:

- Punkt 17: bei den Tagesordnungspunkten zu Parlamenten sollten auch die Kommunen mit aufgeführt werden → wenn es aktuelle Dinge zu besprechen gibt, können wir die immer aufnehmen ohne das in der Geschäftsordnung zu regeln; hierbei geht es vielmehr um die Berichte aus den Parlamenten
- Gibt es eine Regelung zur Rückspende der Fahrtkosten? → jedes Mitglied hat das Recht, Fahrtkosten abzurechnen; diese können auch gespendet werden
- Punkt 11: Wie oft werden Umlaufbeschlüsse gefasst und wie sind da die Fristen? → das kommt hin und wieder vor; wir geben für die Abstimmung 4 – 5 Tage Zeit; diese werden per doodle abgefragt; bei wichtigen Beschlüssen kann auch eine Telefonkonferenz stattfinden
- Punkt 13: 2 Tage vorher die Unterlagen zuzusenden, ist für ein Ehrenamt zu spät – es sollte eine relativ kurze Frist geben, damit auch kurzfristige Themen behandelt werden können; der Großteil sollte langfristig zugesandt werden → in Punkt 13 ist geregelt, dass auch kurzfristig Tagesordnungspunkte erhoben werden können
- 17 Uhr als Sitzungsbeginn ist zu früh

Vereinbarung:

Die Geschäftsordnung wird erst in der nächsten Sitzung beschlossen. Bis dahin können Änderungsanträge geschickt werden.

TOP 4 – Überblick über die Finanzen des Landesvorstandes und Information zu Beschlussfassungen zum aktuellen Haushaltsjahr / Diskussion und Beschlussfassung der Zeitleiste zur Erarbeitung des Haushaltes 2016 und zur Weiterführung der Finanzdebatte im Jahr 2016 / Unterschriftenregelungen und Maßnahmen zur Amtsübergabe Schatzmeister (B 4 – 250 / B 4 – 303 Anlage 1 / B 4 – 304 / DS 5 – 007 / DS 5 – 017 / DS 5 – 020)

Antje Feiks:

- im Geschäftsjahr 2013 hatten wir am Ende ein Defizit und auch der Finanzplan für 2014 beinhaltete ein Defizit; es gab dann konkrete Maßnahmen zur Einhaltung des Finanzplans 2015 (B 4 – 250)
- eine Arbeitsgruppe hatte sich mit dem Finanzplan 2015 befasst und Vorschläge zur Umsetzung gemacht (B 4 – 303 Anlage 1)
- zur Erhöhung der Einnahmen gab es einen Beschluss zur solidarischen Anhebung der MandatsträgerInnenbeiträge (B 4 – 304)

Rico Gebhardt:

- der Finanzplan ergibt sich aus den Plänen aller Strukturen der Partei
- der Lastschriftinzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt über das Land (außer beim SV Leipzig); das Geld wird dann anteilig an die Kreisverbände überwiesen
- der Landesvorstand entscheidet nur über die 53 %, die beim Landesverband verbleiben; über das Geld der Kreisverbände entscheiden sie jeweils selbst
- für die Wahlkämpfe bekommen wir auch Geld aus dem zentralen Wahlkampffonds der Partei, in den wir einzahlen (Landtagswahl)
- die Summe aus der Erhöhung der MandatsträgerInnenbeiträge fließt ab 2016 ausschließlich in diesen Wahlkampffonds (bei der Ansparung soll das Niveau von 2013/2014 erreicht werden)
- wir sollten einen Beschluss dazu fassen, dass der MandatsträgerInnenbeitrag erhöht werden soll → die Bitte aus der Fraktion war eine Neuaushandlung dieser Regelung; wir wollen dazu aber keine Diskussion, weil das alles auf Freiwilligkeit beruht
- es gab ursprünglich eine 50 zu 50 Aufteilung zwischen dem Landesverband und den Kreisverbänden
- nach Diskussion gibt es nun eine 53 zu 47 Regelung zu Gunsten des Landesverbandes; dafür hat der Landesvorstand z.B. die Übernachtungs- und Fahrtkosten für Bundes- und Landesparteitages übernommen; allerdings haben sich die Belastungen beim Landesverband darüber hinaus erhöht
- die Änderung des Beitragsverhältnisses wäre erst ab 2017 möglich, denn die Kreisverbände machen nun ihre Pläne für 2016

Bernd Spolwig:

- am Plan 2015 hat er aktiv mitgearbeitet
- der Plan für 2016 ist mit heißer Nadel gestrickt und nur ein erster Entwurf
- es werden voraussichtlich mehr Mitgliedsbeiträge sein als erwartet

- bei den Personalkosten werden voraussichtlich Einsparungen durch Förderungsmaßnahmen erzielt
- unsere Aufgabe ist es, das Minus zu verhindern; dazu muss mit vielen Menschen und Strukturen geredet werden
- wird im Oktober in die Kreisvorstände gehen und mit ihnen den Plan diskutieren
- soll in Beratungen der Kreisvorsitzenden und KreisgeschäftsführerInnen diskutiert werden
- auch mit dem Landesrat und dem Finanzbeirat soll diskutiert werden
- der Plan ist, dass am 23. Januar 2015 ein ausgeglichener Haushalt vorliegen soll
- wir müssen gemeinsam mit den Kreisverbänden darüber diskutieren, wie wir weitermachen können

aus der Diskussion:

- Was existiert an Rücklagen beim Landesverband? Kommt auf den Landesverband in den nächsten Jahren eine Zahlungsunfähigkeit zu? → dazu gibt es demnächst eine Übersicht; wir haben 2 Festgeldkonten; wir haben auch Geld im zentralen Wahlkampffonds der Partei; es gibt auch langfristige Finanzplanung bis 2019
- alle Landtagsabgeordnete zahlen die 10 % MandatsträgerInnenbeitrag; nicht alle Abgeordneten haben dies auf 15 % erhöht; es werden derzeit auch Gespräche mit Abgeordneten dazu geführt (Achtung: die 5 % mehr sind freiwillig)
- zentrales Geld ist effizienteres Geld; deshalb sollten finanzielle Mittel auch zentral geplant werden; wir werden langfristig nicht umhinkommen, das Geld zentraler beim Landesverband zu verwalten
- Bitte um eine aktuelle Übersicht zur Finanzierung der Kreiszeitungen
- Bitte um die detaillierte Planung für 2014 und 2015 und die Grobplanung bis 2019

Abstimmungsergebnis für DS 5 – 017:

Einvernehmlich beschlossen.

Unterschriftenregelungen und Maßnahmen zur Amtsübergabe Schatzmeister

Antje Feiks:

- Heinz Pingel soll noch bis Ende Oktober einen Mitgliederprogrammzugang behalten, um noch ausstehende Aufgaben zu erfüllen
- seine Mailadresse wird ab 1. November 2015 auf die von Bernd Spolwig umgeleitet

Abstimmungsergebnis DS 5 – 007:

Einvernehmlich beschlossen.

TOP 5 – Sonstiges

Es gibt keinen sonstigen Gesprächsbedarf.

TOP 6 – Auswertung Landesparteitag und Aufgaben, die für den Landesvorstand aus dem Parteitag resultierend / Fortführung der Satzungsdebatte / Umgang mit C-Anträgen, die an den Landesvorstand überwiesen wurden

(DS 5 – 008 / DS 5 – 012 / DS 5 – 015 / DS 5 – 016 / DS 5 – 021 / Beschlüsse C 1, C 2 und D 3 / C 3 – C 9 inkl. Änderungsanträgen)

Auswertung Landesparteitag

Rico Gebhardt:

- Botschaften vom Landesparteitag wurden am Sonntag sicherlich medial überlagert vom Anschlag auf das Parteitagsobjekt
- es ist erst einmal festzuhalten, dass von diesem Parteitag mindestens innerparteilich das Zeichen ausgeht, dass wir als Partei in der Lage sind, inhaltliche Auseinandersetzungen auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene zu lösen; die Beschlüsse des Landesparteitages, das Aufeinander zugehen im Vorfeld bestätigen das
- wer von der Presse im Vorfeld des Parteitages eine Schlachtplatte herbeischreiben wollte, musste sich mit einem Süppchen Sachlichkeit und Einigkeit begnügen; es ist ein gemeinsamer Erfolg aller Akteure

- Anspruch für die kommenden Jahre: Wir können es nur gemeinsam schaffen, gerade in diesen Zeiten, also ringen wir sachlich um die besten Lösungen und gehen danach gemeinsam raus und kämpfen für die gefundenen Ergebnisse
- was dieses Land derzeit am wenigsten braucht, ist eine linke Oppositionsführerin in Selbstbeschäftigung und Selbstzerfleischung; das ist uns allen klar
- direkt nach dem Parteitag erreichten uns die Ergebnisse des Sachsentrends - DIE LINKE erreicht dort aktuell 17%.; das ist ein Ergebnis, das wir schon aus Umfragen der Vergangenheit kennen und weit entfernt von den Ergebnissen von 13% oder 14%, wie sie uns ein Jahr vor der Landtagswahl erreicht haben; zufrieden kann man mit solchen Zahlen nicht sein
- ein wenig Erleichterung darüber, dass angesichts der seit der Landtagswahl hier in Sachsen lautstark vorgetragenen rechtspopulistischen Ressentiments und der Hass auf alles Linke, gesamtgesellschaftlich nicht verfangen zu haben scheint
- sowohl bei den unter 30-jährigen, wie auch bei den Ü65-jährigen können wir dabei überdurchschnittlich abschneiden mit jeweils 20%.
- d.h. unsere StammwählerInnenschaft bei den Älteren bleibt stabil, bei den jungen Menschen konnten wir deutlich an Vertrauen hinzugewinnen
- dazwischen sieht es jedoch düster aus; dort haben wir weit unterdurchschnittliche Werte
- beim Vergleich der Befragten nach Bildungsabschluss ist interessant, dass wir bei AbiturientInnen überdurchschnittlich abschneiden; bei Realschulabsolventen dafür weit unterdurchschnittlich
- daraus lässt sich für uns leider auch ein Stadt-Land-Problem ableiten: gut gebildete junge Menschen finden sich zumeist in den großen Städten, gerade die mittlere Generation hat einen starken Schnitt in der ländlichen Bevölkerung
- auf dieses Auseinanderdriften müssen wir als Partei reagieren
- ein Blick nochmal auf die neueren Zahlen aus dieser Woche:
- *Studie der UniQma (i.A. der drei großen sächsischen Tageszeitungen)* konstatiert einen bundesweiten Image-Verlust für den Freistaat
- rund 54% der bundesweit Befragten (ohne Sachsen) sind demnach der Meinung, dass der Freistaat fremdenfeindlicher sei als der Rest der Republik; die fremdenfeindlichen Ausschreitungen der vergangenen Monate hätten – so fast 80 % der Befragten – zu einem Image-Verlust für Sachsen geführt
- eine Mehrheit – 54% – der Sachsen meinte, dass die Menschen im Freistaat nicht rassistischer seien als im Rest der Republik
- Sachsen ist das Kernland von PEGIDA (hier gibt es die meisten Übergriffe auf Asylsuchende, Andersdenkende und Andersaussehende)
- sieht man sich aber im Vergleich die jüngsten *TREND-Befragungen des MDR in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen* an, so muss man feststellen: bei den Fragen um Fremdenfeindlichkeit und Asyl sind die Ergebnisse in allen drei Ländern nahezu identisch; eine besonders ausgeprägte fremdenfeindliche Grundhaltung lässt sich für Sachsen daraus nicht ableiten
- Ergebnisse der Sonntagsfrage: die Ergebnisse für Sachsen im Vergleich zu Thüringen sind dort ziemlich genau um zehn Prozent nach rechts verschoben
- DIE LINKE im Nachbarland kommt auf 27%.; alle anderen Ergebnisse – selbst die der CDU – weichen nicht oder nur kaum von Thüringen ab, mit Ausnahme der Ergebnisse von NPD und AfD
- noch extremer wird es im Vergleich zu Sachsen-Anhalt, wo es trotz nahezu gleicher Ergebnisse beim Themenkreis Asyl und Rassismus eine eindeutige absolute Mehrheit von 54% für SPD, Grüne und LINKE gäbe; in Sachsen sind es für diese Konstellation nur 37%, in Thüringen 47%.
- Gründe hierfür können also weniger in einer besonders fremdenfeindlichen Grundstimmung in der Bevölkerung gesucht werden; es muss andere Ursachen geben
- es hat viel zu tun mit der Bindungswirkung des Linksblocks für die WählerInnen; die fehlende Bindungswirkung hat sehr viel mit dem Habitus der CDU zu tun, über 25 Jahre hinweg sächsische Oppositionsarbeit zu diskreditieren
- die eigenen Erfolge auf der einen Seite nutzen sie, um uns auf der anderen Seite zu diskreditieren: die Überbetonung des vermeintlichen „Linksextremismus“ als Problem des Freistaates, die Gleichsetzung mit der NPD, mangelnde Bereitschaft zum demokratischen Diskurs, Absprechen der Oppositionseigenschaft usw. usf. sind dabei zu nennen
- systematisch hat man der Bevölkerung erzählt, dass die Opposition schlichtweg zu doof ist für Politik und hat sie gleichzeitig mit dem Ruch des Extremismus belegt
- fataler aber noch die Folge des Handelns der CDU gegenüber der extremen Rechten; wir haben es mit einem der rechtesten Landesverbände der Union zu tun, so haben sie oft genug am rechten Rand

- gefischt, sich deren „Sorgen und Nöte“ angenommen, Rassisten hofiert und teilweise „netter“ gekleidet deren Argumentationen bedient
- mit dem Versuch, diese Teile der Rechten an sich zu binden, hat die CDU aber nur eines bewirkt: Sie hat die Scheinargumente der Rechten legitimiert; die Menschen, die sich von diesen Argumenten angesprochen fühlten, die wählen dann aber lieber das Original, also AfD und Nazis
- besonders eklatant ist es, dass gerade Männer im Alter zw. 30 und 60 Jahren zu fast einem Drittel Rechtspopulisten oder Nazis wählen würden
- ein Mangel an demokratischer Kultur der herrschenden Politik führte dazu, dass in Sachsen eine Atmosphäre entstehen konnte, in dem sich die gesellschaftliche Zustimmung nach rechts verschoben hat
- der Mangel an Zuspruch gerade der mittleren Generationen ist für uns nicht einfach wieder wettzumachen; wir müssen uns aber bemühen, jetzt Anknüpfungspunkte zu schaffen; wir müssen verdeutlichen, dass unsere Positionen zur Weltoffenheit nicht im Widerspruch stehen zu unseren sozialpolitischen Vorstellungen für alle hier lebenden Menschen; dass keinem Armen deshalb geholfen wäre, wenn es weniger Geflüchtete gäbe und keiner etwas durch Geflüchtete verliert; dass es unsere Aufgabe ist, im Interesse aller Menschen in Sachsen nach „einem besseren Leben“ zu streben; dass unsere Politik alle einschließt, nämlich sowohl die Geflüchteten, arbeitslose Metallbauer wie auch die prekarierte Hochschulmitarbeiterin
- wir müssen in dieser Zeit rechtspopulistischer Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs in die Offensive kommen, statt nur reaktiv zu agieren; unsere Vorstellungen für ein solidarisches und soziales Sachsen richten sich dabei nicht nur gegen die Vorstellungen der Rechtspopulisten, sondern auch ganz klar gegen die Politik der herrschenden CDU

aus der Diskussion:

- mediale Berichterstattung war am Samstagabend noch nicht vorhersehbar; der Bericht im Sachsenspiegel war positiv
- es wurde kein falsches Bild von den Vorkommnissen in den Medien dargestellt
- sonst haben wir sonntags kaum Berichterstattung; das war dieses Mal anders
- wir haben auch im Vorfeld versucht, nicht den großen Showdown anzukündigen; das ist allerdings durch Gespräche anderer mit der Presse doch passiert und sie waren darauf vorbereitet
- viele MandatsträgerInnen haben hintereinander geredet; das sollten wir demnächst besser regeln; kann bei der Erstellung der Redelisten berücksichtigt werden; es gibt die Idee, die Redeliste zu lösen
- es wurde sich mehr Diskussion zu den Anträgen C1 und C2 gewünscht; es wurden im Vorfeld schon viele Änderungsanträge übernommen
- wir dürfen Debatten nicht scheuen, sondern müssen uns dem stellen
- im Gegensatz zu anderen Parteitagen gab es eine entspannte Atmosphäre
- es war störend, dass die Beschlussfassung vor Ende der Sachdebatten erfolgt sind
- es war auffällig, dass relativ wenige BasisgenossInnen geredet haben
- es war schwierig, die Inhalte der Anträge mit kurzen Einführungsreferaten auseinanderzuhalten
- es gab teilweise immer wieder die gleichen Aussagen in der Debatte; das ist nicht zielführend
- wenn Menschen eine Nachfrage stellen, darf kein Unmut aufkommen; das muss auch durch die Tagungsleitung besser moderiert werden
- die Stimmung am Sonntag war trotz der Umstände sehr gut
- es gibt konkrete Änderungsvorschläge zum Ablauf den Parteitages (DS 5 – 012), die diskutiert werden sollten
- es muss zwischen AntragstellerInnen und UnterstützerInnen von Anträgen klar unterschieden werden; Entscheidungen bezüglich des Umgangs der Anträge können nur die AntragstellerInnen treffen
- es war nicht gut, einige Satzungsänderungen nicht zu beschließen
- es gab am Sonntag ein solidarisches Miteinander, das sehr positiv zur Stimmung beigetragen hat
- es war eigentlich als strategischer Parteitag gedacht, aber von Strategie war am Ende dann keine Rede
- der Redebeitrag von Heike Werner aus Thüringen wäre wichtig gewesen; wir sollten das nachholen
- es sollte überlegt werden, ob wir eine AG Strategie ins Leben rufen
- das Verfahren mit den Anträgen und Änderungsanträgen war so kompliziert und viel, dass es als Delegierter nicht möglich ist, dem voll und ganz zu folgen; man kann sich dann nur auf die Aussagen anderer verlassen
- es gibt im Vorfeld Delegiertenberatungen in den Strukturen; das Gesagte dort ist oft hinfällig, weil sich die Situation und Antragslage kurz vor dem Parteitag wieder geändert hat

- trotz der Debatten im Vorfeld wurden Anträge an den Landesvorstand überwiesen; das ist ärgerlich
- wir sollen uns selbst mehr disziplinieren und strukturieren; es darf nicht nur Reden um des Redens Willen geben
- über das Prozedere der Änderungsanträge sprechen wir seit Jahren sehr kritisch; durch die Übernahme von Änderungen wird der Antrag oft so sehr verändert, dass es schwer fällt, dem noch so zuzustimmen
- bei Bundesparteitagen gibt es inhaltliche Blöcke, die durch Debattenbeiträge wieder geöffnet werden können; vielleicht können wir dieses Verfahren übernehmen
- wir wurden von vielen Menschen wahrgenommen, die sich sonst nicht so sehr für uns interessieren
- wir haben ganz viele Beschlüsse in Schubladen liegen; wir müssen schauen, was und wie schaffen wir die Umsetzung – auch in Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden
- die BasisgenossInnen können sich nur dann mehr einbringen, wenn sie das alles auch verstehen; dafür sollten im Vorfeld Delegiertenberatungen in den Kreisen stattfinden, zu denen die Landesvorstandsmitglieder auch hinfahren sollten
- bei den Wahlen hat sich gezeigt, dass wir nicht so geschlossen sind, wie wir es gern hätten
- der Landesverband ist gespalten, das müssen wir offen ansprechen; wir sollten uns unter dem größtmöglichen Nenner vereinen
- aufgrund der Widersprüchlichkeit in den Inhalten der Anträge A1, C1 und C2 hätten wir diese nicht parallel beschließen dürfen; das ist dem Harmoniebedürfnis geschuldet; die Frage bleibt, ob wir damit am Ende so glücklich sind
- dürfen Wahlen für mehrere Ämter auf einem Wahlzettel gewählt werden?
- es gab in den Ortverbänden Unmut darüber, dass innerhalb kurzer Zeit über Satzungen entschieden werden muss; das konnten viele Delegierte nicht leisten
- es gab zu viele Leitanträge; es ist schwer, im Nachhinein genau zu wissen, was wir damit genau anfangen sollen
- es war auffällig, dass viele Abstimmungen sehr knapp waren
- die Satzungsdebatte war lang angelegt; da ist es auch die Aufgabe der jeweiligen Vorsitzenden, dies in den Strukturen mit vorzubereiten und weiterzutragen
- Antje und Stefan haben sich die Mühe gemacht, mit Änderungsanträgen zu C1 eine Harmonisierung zum Antrag C2 herzustellen; sie sind so weit miteinander harmonisiert, dass sie nun nebeneinander existieren können
- trotz vieler Änderungsanträge hat es keine wirklichen Kontroversen auf unseren Landesparteitagen gegeben
- eine Strategiedebatte ist nie zu Ende; wir wollen erst einmal eine Mindesthandlungsfähigkeit in unserer Partei erhalten
- die Situation um die Anträge A1, C1 und C2 war aufgrund der Anliegen der AntragstellerInnen nicht anders zu organisieren
- es ist ärgerlich, dass es GenossInnen und ganze Kreisverbände gab, die über die Satzungsänderungen nicht informiert waren; die Debattenzeit war auf 2 Jahre angelegt
- wir dürfen die offenen Satzungsanträge nicht in der Schublade verschwinden lassen
- es wird immer den Vorwurf geben, dass zu wenige BasisgenossInnen zu Wort kommen; Wer ist denn die Basis? Können wir das wirklich klar definieren?
- wir haben noch nicht verstanden, dass ein LPT das einzige und wichtigste Mittel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist; es bedarf ganz viel Vermittlungsarbeit zu den Medien
- wir müssen lernen, uns besser zu inszenieren; das fängt schon beim Applaus an
- die Presse war sehr zufrieden
- es wird nicht zugestimmt, dass wir eine inhaltliche Teilung der Partei haben; das betrifft in erster Linie das Personal; wir sollten das in einer Landesvorstandssitzung mal diskutieren
- Satzungsdebatten sind keine Basisdebatten, weil sich die Meisten nicht dafür interessieren
- der Landesvorstand und der Landesparteitag sind personell kleiner geworden; Warum darf das nicht auch für den Landesrat diskutiert werden?
- wir müssen Debatten vor Ort in den Ortsverbänden führen; so kann eine Annäherung erreicht werden
- wir müssen Onlinedebatten voranbringen, für diejenigen, die das interessiert
- wir müssen wohl auch öfter Mitgliederbefragungen durchführen
- wenn die Basis nicht informiert ist, haben wir alle versagt – nicht einzelne AkteurInnen
- die Änderungsanträge von Vorstandsmitgliedern zum eigenen Antrag wurden kritisiert; das kommt allerdings durch Debatten in Strukturen zustande und es wäre schade, diese nicht mit aufzunehmen

- es gab nur einen Leitantrag; der Antrag C2 war als sonstiger Antrag gedacht; dass wir das Verfahren noch geändert haben, sollten wir zukünftig nicht allzu oft wiederholen
- die Partei vergeist im ländlichen Raum zunehmend; wir dürfen dies aber nicht nur feststellen
- die Delegiertenberatungen sind oft die Absicherung, dass die eigene Macht steht
- es benötigt im Vorfeld viel Zeit, die Delegierten auf den Parteitag inhaltlich vorzubereiten, damit sie eigenmächtig Entscheidungen treffen können
- wir diskutieren nicht analytisch bis zum Ende
- es ist an der Zeit, allen klar zu machen, dass so ein Parteitag viel Arbeit bedeutet
- es gab den Eindruck, dass sich die Basis weit weg von Landesvorstand und Landtagsfraktion sieht; da gibt es Arbeit auf beiden Seiten
- die Redeliste sollte vom Tagungspräsidium öffentlich gelöst werden
- die meisten Anträge aus den Heften 3 und 4 standen schon seit 2 Wochen online
- wenn wir die Ursprungslänge der eigentlichen Anträge kürzen, gibt es auch weniger Änderungsanträge
- Wie sieht es bei uns mit der Regierungsbeteiligung aus? Wollen wir das? Wollen wir Opposition bleiben?
- es gibt nicht nur personelle, sondern auch inhaltliche Differenzen in unserer Partei; wir sollten leben und leben lassen
- wir fokussieren die endgültige Entscheidung immer auf den Parteitag
- viele Änderungsanträge zeigt, dass die Partei lebt
- unsere Debatten werden in den Medien zum Streit gemacht
- wir provozieren manchmal, sind aber nicht mutig genug

Aufgaben resultierend aus dem Landesparteitag

Antje Feiks:

- mit den Beschlüssen des Landesparteitages sind Aufgaben für den Landesvorstand entstanden
- es werden die Verantwortlichkeiten der Landesvorstandsmitglieder für die jeweiligen Aufgaben festgelegt (DS 5 - 008)

aus der Diskussion:

- das Kampagnenmaterial der Bundespartei ist sehr konkret; die Linksjugend plant Aktionen zur Kampagne; im Frühjahr 2016 soll in Sachsen ein Kampagnenworkshop der Bundespartei zu Organizing stattfinden
- wir müssen uns beim Thema Prekarisierung an die eigene Nase fassen; auch in unserer Partei gibt es Arbeitsverträge, von denen man finanziell nicht leben kann (nicht in der Landesgeschäftsstelle)
- wir sollten einen starken Fokus auf den ländlichen Raum legen; dort haben wir zu wenig jungen Menschen, die sich engagieren; hier muss die Geschlechtergerechtigkeit sehr stark vorangetrieben werden
- um ländlichen Raum zurückzuerobern, brauchen wir dort sehr viel Sachkompetenz; das müsste zusammen mit Aleksa diskutiert werden
- es soll eine Kampagne „Wie wollen wir im ländlichen Raum leben?“ im Raum Südwestsachsen/Chemnitz angestoßen werden
- wir brauchen vermutlich 10 verschiedenen Konzepte für die 10 Landkreise; pro Kreisverband sollten sich 2 GenossInnen außerhalb des Kreisvorstandes finden, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten
- wenn sich Menschen im ländlichen Raum für uns interessieren, gibt es kaum Anlaufpunkte, sie aufzunehmen; dazu könnte es eine Art Partnerschaftsmodell geben
- das Patenschaftsmodell sollte sich nicht auf das Finanzielle beziehen, sondern auf das Inhaltliche und Strukturelle; dabei kann neuen Mitgliedern die Parteiarbeit näher gebracht werden
- auch in den Städten funktioniert nicht alles gut; auch dort haben wir ländlichen Raum durch Eingemeindungen
- wir können nur über bestimmte Themen reden, wenn wir auch dort verankert sind
- wir haben eine Auftrag vom Landesparteitag; dazu können wir nicht nur feststellen; wir müssen konkret werden
- wir fangen heute an, den konkreten Arbeitsplan des Landesvorstandes zu erstellen; dazu ist es notwendig, dass wir darüber diskutieren, wer welche Aufgaben übernehmen könnte, damit zukünftig konkret Personen angesprochen werden können
- auch in den Städten stehen wir vor einem erheblichen Mitgliederschwund; Wie betreue und halte ich Mitglieder?

- der Gf. Landesvorstand sollte beauftragt werden, die Thüringische Sozialministerin zum Thema Prekarität einzuladen
- Terminhinweise brauchen lange Vorlaufzeiten, damit sie in der Basis ankommen
- die Fraktion sollte eine Person beauftragen, ein neues Aleksa zu schreiben, nachdem wir eine innerparteiliche Debatte dazu geführt haben
- es sollten 2 unterschiedliche Materialien erstellt werden: eines für SympathisantInnen und Neumitglieder und eines für unsere MandatsträgerInnen
- intensive Zusammenarbeit mit den BildungsträgerInnen
- wir müssen kluge Kommunikation an bestimmten Orten betreiben
- wir haben bei Strukturfragen nicht mehr viel Zeit und brauchen dringend Lösungsmöglichkeiten
- unsere inhaltliche Arbeit muss verzahnt werden; Inhalte müssen bearbeitet werden, um die Parteistrukturen wieder fit zu machen
- Konzepte zur Mitgliedergewinnung haben bisher nicht funktioniert; wir müssen bei konkreten Themen genau überlegen, wie wir das salonfähig machen können; dabei müssen auch methodische Schritte erfolgen
- die Strukturfragen sind ein Querschnittsthema und müssen überall mitgedacht werden
- es gibt konkrete Projekte in der Partei bzw. von Parteimitgliedern; diese können aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum einbezogen werden
- 2 Mal im Jahr findet ein Treffen mit dem DGB statt; das können wir auch mehr nutzen
- es gibt viele außerparteiliche Kontakte, die schwer öffentlich wirksam genutzt werden können
- wir engagieren uns in vielen Projekten und Aktionen, bei denen wir viel Gutes tun, aber wenig Ruhm bringen, weil wir dies nicht so öffentlich machen können; wir müssen überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, daraus Kapital zu schlagen – wir können uns aber selbst innerparteilich darüber informieren; wir müssen doch über unsere eigene Arbeit berichten können und Erfahrungen daraus ziehen

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 015:

Bei 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Diskussion zu DS 5 – 016 und DS 5 – 021:

- es ist nicht klug, Asylgründe und europäische Grenzen zu beschränken; grundsätzlich kann Jede/r zu uns kommen
- Vorschlag, Conny Ernst zu diesem Thema einzuladen
- unsere Mitglieder werden vor Ort gefragt, wie DIE LINKE zu einem Einwanderungsgesetz steht; es führt also nichts daran vorbei, das Thema bei uns zu diskutieren
- das Papier leistet eine Ordnungsdebatte
- es werden bei der Diskussion um ein linkes Einwanderungsgesetz mehr Gefahren als Vorteile gesehen; wir laufen Gefahr, andere Menschen, die bereits Dinge dafür tun, vor den Kopf zu stoßen; wir brauchen einen eleganten Weg, das mit anderen zusammen zu kommunizieren
- wir müssen uns Gedanken über eine Professionalisierung der Flüchtlingspolitik machen
- Einreise zur Suche eines Arbeitsplatzes muss möglich sein
- das Papier versucht, Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen
- wir können als Landesvorstand jetzt einen Debattenprozess anstoßen
- die Menschen müssen auch aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen können; sie müssen eine legale Möglichkeit haben, dort zu leben, wo sie möchten
- auch unsere eigene Mitgliedschaft redet wie viele andere Menschen draußen; wir müssen auch innerparteilich eine gemeinsame Sprache finden
- wir müssen die ideologische Ebene nach innen und die kommunikative Ebene nach außen bedenken
- Wie soll das konkret aussehen, wenn wir sagen: „Alle dürfen kommen!“?; was nach innen ideologisch klar ist, ist nach außen schwer zu kommunizieren
- es gibt einen enormen Bedarf an der Basis, über dieses Thema zu reden; wenn wir den GenossInnen vor Ort nichts liefern, können sie nicht argumentieren
- wir sollten den Parteistrukturen ein Veranstaltungsmodul zu diesem Thema anbieten

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 016:

Bei 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 021:

Bei einer Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.

Fortführung der Satzungsdebatte:

- 2/3 der vom Landesvorstand vorgelegten Anträge wurde beschlossen
- Mandatszeitbegrenzungsantrag wurde abgelehnt
- Landesausschussantrag wurde an Landesvorstand zurücküberwiesen
- Wie geht der Landesvorstand damit um?
- die Diskussion auf der Kreisebene muss besser stattfinden
- Problem beim LPT: Delegierte haben beim Antrag und den Änderungsanträgen nicht mehr durchgesehen
- Widerspruch: im Landesrat gab es eher inhaltliche andere Ansichten
- Gegenbeispiel, dass die Diskussion auf Kreisebene sehr wohl diskutiert wurde
- bei jedem Modell gibt es (neben Quatschargumenten) immer legitime Pro- und Kontra-Argumente; deshalb sollte man überlegen, ob man das aktuelle Modell durchkämpft oder das Modell als Vorlage für einen neuen Vorschlag verwendet
- die Zeit (und die strukturellen Veränderungen unserer Partei) zwingen uns zum Handeln
- problematisch wurden die VertreterInnen in diesem Landesausschuss gesehen (Kreisvorsitzende automatisch oder gewählte VertreterInnen der Kreise)
- Problem: guter Wille bei Änderungsantragsstellung führt nicht zu abstimmungsfähigen Anträgen; einige Anträge hätte man rein formell gar nicht abstimmen können
- Problem: es wurden zwar an sich wichtige, aber hier sachfremde Fragen in die Debatte eingebracht
- Problem: viele Leute wissen gar nicht, welche Personen zu ihrem Gremium gehören
- kritisiert wurde auf dem LPT, dass nur das Landesausschuss-Modell zur Übersichtlichkeit grafisch anschaulich dargestellt wurde; das ist jedoch keine legitime Kritik, da jede/r AntragsstellerIn für seine/Ihre Begründung selbst verantwortlich sind
- VertreterInnen in den Kreisen und dem Landesrat sollten schon pro-Landesausschuss eingestellt sein, damit in einer Debatte auch die Pro-Argumente genannt werden und dann nicht der Vorwurf kommt, „Wir haben diese Argumente bisher nicht gehört.“
- Diskussion basiert auf Gegenseitigkeit; problematisch ist daher, dass seit Jahresbeginn keine SprecherInnen des Landesrates nicht mehr an Landesvorstandsberatungen teilnehmen
- der Landesrat wird gebeten, die Teilnahme an den Beratungen des Landesvorstandes sicherzustellen
- mehrere Einzelberichte, dass das Thema in den Kreisen nicht wirklich diskutiert wurde
- der Landesvorstand ist nicht für die (fehlende) Diskussion der Kreisverbände verantwortlich
- der Satzungskommission wird für ihre Arbeit gedankt
- die Finanzübersicht zeigt, dass nur 11.000 € zur freien Verfügung stehen; die Reduktion der Personensitzungstage von 2.000 auf 1.100 (wegen geringer gewordener Mitgliederzahl), hätte Ressourcen für andere Aufgaben bedeutet (z.B. politische Arbeit nach außen)
- das Finanzargumente sollte nicht das einzige sein
- 99 % der Mitglieder interessieren Satzungsfragen nicht
- Satzungs-Interessierte sollte sich zusammensetzen; Formulierungen könnten abgefedert werden
- Vergleichbarkeit der Modelle mit anderen Landesverbänden hat es beim Landesparteitag nicht gegeben; den Landesrat gibt es z.B. nur in Sachsen und im Saarland; sonst ein Modell mit dem Landesausschuss
- Wie beschreibt man Anspruch und Realität? beim Landesrat wird z.B. kritisiert, dass der Output für die Partei nicht wirklich vorhanden ist; schwierig ist, dass den GenossInnen zu kommunizieren
- Landesrat & Landesausschuss ist primär eine emotionale Frage
- es handelt sich nicht um eine „Auflösung des Landesrates“ sondern um eine „Zusammenlegung von Strukturen“
- die Kreisvorsitzenden haben dem Vorschlag bei der Beratung der Kreisvorsitzend zugestimmt
- die Kritik, dass die LAGs in ihrer Mitwirkung in einem Landesausschuss behindert werden soll, ist falsch; die LAGs sollten (wie auf Bundesebene) von der gemeinsamen Beratung gewählt werden
- die Aktivität der LAGs ist durchaus unterschiedlich
- es sollten alle AntragsstellerInnen zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen werden; vom Landesvorstand sollten Tilman Loos, Antje Feiks, Silvio Lang und Sören Pellmann delegiert werden
- es ist ein Trugschluss, dass wir mit der Basis reden sollen; das Thema interessiert niemanden; die Parteitagdelegierten sollten eher in die Pflicht genommen werden, wenn Diskussion gewünscht ist

- Frage der Problemlage ist unklar (inhaltliche Differenzen oder Delegierte konnten nicht darüber diskutieren)
- beim LPT gab es unterschiedliche Gründe, warum Delegierte (aus inhaltlichen Gründen oder Unklarheit) für weitere Diskussion votiert haben
- die Kreisvorsitzenden sollten erinnert werden, ihrer Aufgabe nachzukommen, Diskussionen aus der gemeinsamen Beratung mit dem Landesvorstand (wenn gewünscht) auch in die Kreise zu tragen

Antrag auf Ende der Debatte:

8 / 8 / 2 → abgelehnt

- im Landesrat ärgerte man sich, dass es kein gemeinsames Arbeiten gab, sondern ein Abstimmen gegeneinander; es sollte lieber einen gemeinsamen Antrag geben
- ungünstig war auch, dass die Basis erst befragt werden konnte, als Sommerpause war; das Interesse an Satzungsfragen ist durchaus vorhanden

→ AntragsstellerInnen werden zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen

→ Tilman Loos, Antje Feiks, Sören Pellmann und Silvio Lang nehmen vom Landesvorstand teil

Umgang mit C-Anträgen:

- auf Bundesebene kommt das häufig vor, dass Anträge vom Bundesparteitag an den Parteivorstand übergeben werden; dieser verteilt die C-Anträge dann auf seine Beratungen

aus der Diskussion:

- Werden dann auch die Änderungsanträge behandelt? → Ja.
- Können Anträge auch an den LPT rücküberwiesen werden? → vermutlich Ja
- Sollen die (VertreterInnen der) AntragsstellerInnen eingeladen werden? → Ja.

Prioritätensetzung der Behandlung:

C3:

Behandlung vom LaVo oder ‚gemeinsamer Beratung LaVo+LaRa+KVors‘ [sog. Kleiner Parteitag] oder Landesparteitag? – es gibt für die LAG einen gewissen Forderungsautarkismus; die LAG b&g kann doch selbst fordern, was sie will; Gegenargument: das ist Formalismus, hinter dem man sich nicht verstecken sollte, da der Inhalt verstanden wurde

→ Rückkommunikation mit der LAG und Behandlung auf nächstem Landesparteitag

C4 / C4.1:

wird vom Landesvorstand behandelt, um Diskussionsgrundlage zu schaffen; anschließend auf dem Landesparteitag behandeln; andere Landesverbände um Behandlung bitten; Rückkommunikation durch Tilman Loos mit den AntragsstellerInnen

C5:

Behandlung vom Landesvorstand (Antragssteller einverstanden): einvernehmlich angenommen

C6 / C6.1:

Behandlung vom Landesvorstand (Antragssteller einverstanden)

C7:

Antrag ist Parteitagsdimension

→ Weiterreichung an den Landesparteitag: bei einer Enthaltung angenommen

C8:

Stefan Hartmann und A. W. haben telefoniert

→ Behandlung vom Landesvorstand: einvernehmlich angenommen

C9:

Behandlung vom Landesvorstand: einvernehmlich angenommen

**TOP 7 – Festlegungen zur Pressearbeit des Landesvorstandes und der Vorstandsmitglieder
(DS 5 – 009 / DS 5 – 019)**

Antje Feiks:

- alle Landesvorstandsmitglieder sollen die gleichen Möglichkeiten haben
- wir sollten uns nicht gegenseitig ins Gehege kommen und klären, wer für wen sprechen darf
- es wird vorgeschlagen, dass die Pressemitteilungen über die Landesgeschäftsstelle versendet werden; hierbei können wir ggf. noch Regularien beachten
- es wird vorgeschlagen, dass Thomas Dudzak der Pressesprecher des Landesvorstandes ist
- aus jeder Landesvorstandssitzung gibt es eine Pressemitteilung; dabei erklärt in der Regel Rico als Landesvorsitzender
- es sollte nicht mehr als eine Pressemitteilung pro Tag verschickt werden
- Bitte, konkret abzusehende Pressemitteilungen vorher anzukündigen

Thomas Dudzak:

- es wird ein Merkblatt für die Form einer Pressemitteilung geben
- es können gern auch Ideen an Thomas herangetragen werden; die Pressemitteilungen müssen nicht schon komplett ausformuliert sein
- wir werden heute Fotos von allen Mitgliedern für die Homepage machen
- Wer entscheidet, welche Pressemitteilung Vorrang hat bzw. ob sie ungenügend ist?
- das sollte nicht zu sehr demokratisiert werden; wir sollten dabei dem Pressesprecher vertrauen
- eine Pressemitteilung darf nicht länger als 1 Seite sein und sollte einer gewissen Form entsprechen

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 019:

Dafür: 4 Dagegen: 13 Enthaltungen: 2 → mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu DS 5 – 009:

Bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 – Termine des Landesvorstandes bis zum Ende des Jahres 2015 und Jahresplanung für 2016 (Tagungsrhythmus des Landesvorstandes)

(DS 5 – 003 / DS 5 – 011)

DS 5 – 003:

- keinen Widerspruch gegen den Freitag als Beratungstag
- Jenny Mittrach ist mit Tagungsbeginn um 17 Uhr einverstanden
- Änderungen:
 - am 30. Oktober 2015 gibt es eine Termin-Kollision mit der Landtagsfraktion
Alternative: 6. November 2015
 - neuer Vorschlag für Beratung KreisgeschäftsführerInnen und KreisschatzmeisterInnen: 3. Nov. 2015

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich beschlossen.

DS 5 – 011:

- Landesvorstandsberatungen immer außerhalb der Ferien
- Landesparteitag vorbehaltlich, aber sehr wahrscheinlich am 18. Juni 2016
- Wahlkampfunterstützung durch Sachsen bei anderen Landesverbänden sollten wir überlegen, da wir auch viel Unterstützung bekommen haben
- elektronisches Abonnieren aller landesvorstandsrelevanten Termine (oder aller Termine) ist möglich
→ InteressentInnen melden sich in der Landesgeschäftsstelle
- zu ergänzende Termine:
 - 14. Februar: One-Billion-Rising
 - 8. März: Frauentag
 - 25. November: Tag gegen Gewalt an Frauen
 - 3. Dezember: Tag der Behinderung von Menschen

- noch ohne Termin: dezentrale Frauenkonferenzen
- noch ohne Termin: Parade der Vielfalt

- Landesvorstand sollte nicht immer in Dresden beraten
- es sollte eine Prüfung stattfinden
- es gab schon ein Rotationsprinzip (z.B. auf die Städte verteilt); geringere Teilnahme ist leider die Realität; außerdem längere Wege für MitarbeiterInnen, die viel über die übliche Zeit arbeiten
- Hauptproblem ist der Mangel an bezahlbaren Alternativen
- Haus der Begegnungen hat teilweise ungünstige Tagungsbedingungen: zu wenig Licht; Versorgungsfrage während der Beratung ist zu klären; diese Fragen können/sollten geklärt werden
- höhere Priorität als der Tagungsort ist das rechtzeitige Beratungsende
- Bitte, einen barrierefreien Tagungsort zu finden und bis dahin das Haus der Begegnung zu nutzen

Abstimmungsergebnis:

Mit Terminergänzungen einvernehmlich beschlossen.

Festlegungen:

- Landesvorstandsberatungen weiterhin ab 17 Uhr
- Tagungsort-Kostenbeispiele werden von Bernd Spolwig bis zur nächsten Beratung vorgelegt
- Barrierefreiheit des Hauses der Begegnungen überprüfen

TOP 9 – Aufgabenplanung des Landesvorstandes

Mit anderen Tagungsordnungspunkten bereits behandelt.

TOP 10 – Information zu den Zuständigkeiten und Aufgaben der Landesgeschäftsstelle sowie Aushändigung des Tarifvertrages der Partei DIE LINKE (DS 5 – 004 / Tarifvertrag / Manteltarifvertrag)

- DS 5 – 004 stellt die Struktur der Landesgeschäftsstelle vor
- da mittlerweile weniger MitarbeiterInnen, Verteilung von gemeinsamen Aufgaben
- bestimmte Aufgaben können nicht mehr hauptamtlich abgesichert werden; MitarbeiterInnen bieten solche Aufgaben ehrenamtlich an
- Aufgabenbeschreibung von Landesgeschäftsführerin und Landesschatzmeister aufgeführt
- Aufgabenverteilung der Landesgeschäftsstelle auf Kosteneffizienz ausgerichtet (günstige Aufgaben bereits outgesourced; komplizierte/sicherheitsrelevante Fragen intern abgesichert)
- Dienstleistungsangebote der Landesgeschäftsstelle auch für Kreisverbände nutzbar
- Strukturangebot der Landesgeschäftsstelle (z.B. Mail-Konten, Mailing-Listen, ...)
- Tarifvertrag läuft aktuell noch 2 Jahre bis zur Bundestagswahl
- bei Problemen mit MitarbeiterInnen an die Landesgeschäftsführerin wenden und nicht rumtratschen
- MitarbeiterInnen sind zur innerparteilichen Neutralität verpflichtet; deshalb sollten MitarbeiterInnen generell von parteiinternen Konflikten rausgehalten werden, um eine funktionierende Arbeitsstruktur zu erhalten
- Personalentscheidungen (wie z.B. Einstellungen) werden vom Landesvorstand entschieden; aktuell z.B. die neu ausgeschriebene Stelle im Stadtverband Dresden
- im SV Leipzig und SV Chemnitz gibt es ebenfalls MitarbeiterInnen
- mehrere MitarbeiterInnen befinden sich in der Ruhephase ihrer Altersteilzeit
- Antje Feiks ist die Dienstvorgesetzte der MitarbeiterInnen; interessierte Landesvorstandmitglieder können sich gern die Landesgeschäftsstelle anschauen
- Dienstverträge (LGF, LSM) fallen nicht unter das Tarifrecht und sind bei fahrlässigem Handeln mit 3 Monatsgehältern haftbar
- Kettenarbeitsverträge bei unseren Dienstverträgen werden kritisch angemerkt

TOP 11 – weiter Auswertung Landesparteitag und Aufgaben, die für den Landesvorstand aus dem Parteitag resultieren

Wurde bereits mit TOP 6 behandelt.

TOP 12 – Diskussion und erste Sammlung von Ideen zur Unterstützung der Parteiarbeit in Kreisverbänden und Ortsverbänden

- wurde bereits andiskutiert; TOP gestrichen

**TOP 13 – Diskussion und Beschlussfassung zu Dienstverträgen – geschlossene Sitzung
(DS 5 – 013 / DS 5 – 014)**

Behandlung in Abwesenheit von Landesgeschäftsführerin und Landesschatzmeister

Abstimmung zu DS 5 – 013:

→ einstimmig beschlossen

Abstimmung zu DS 5 – 014:

→ einstimmig beschlossen

Der Landesvorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsführerin und dem Landesschatzmeister.

**TOP 14 – Vorbereitung der Wahl eines weiteren Mitgliedes für den Gf. Landesvorstand (Wahl erfolgt erst in darauffolgender Sitzung) / Aufgaben der Stellvertretenden Landesvorsitzenden
(DS 5 – 005)**

Vorbereitung der Wahl eines weiteren Mitgliedes für den Gf Landesvorstand:

- Gf. Landesvorstand ist satzungstechnisch begrenzt auf 5 - 7 Mitglieder; ist eher ein Arbeitsgremium; ist quotiert zu besetzen
- Vorschlag: 6 Mitglieder → keinen Widerstand dagegen
- Bitte an die weiblichen Mitglieder des Landesvorstandes, eine Mitarbeit im geschäftsführenden Landesvorstand zu überdenken
- Jayne-Ann kann sich die Arbeit weiter vorstellen; Marianne auch, falls Jayne-Ann nicht möchte

Abstimmung zu DS 5 – 005:

→ einvernehmlich beschlossen

TOP 15 – Sonstiges

- Teilhabekonzept sollte mit in den Arbeitsplan aufgenommen werden

→ Sollte es weitere Themen für den Arbeitsplan geben, bitte Info an die Landesgeschäftsstelle.

F.d.R.

Dresden, 28. September 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin